

meinsam mit den Landesregierungen der anderen drei Opel-Standorte Deutschlands alle Vorbereitungen dafür zu treffen, dass sich ein Unternehmen Opel Deutschland gründen kann, um den Weg frei zu machen, das möchte ich hier betonen, für eine europäische Opel-Lösung.

Die Zukunft von Opel bleibt auch nach dem Besuch des Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg bei General Motors in den USA ungewiss, denn es zeichnen sich bis heute keine klaren Perspektiven und Entscheidungen über die Zukunft der deutschen Opel-Werke ab. In der Öffentlichkeit, insbesondere unter den Beschäftigten von Opel Eisenach, verfestigt sich der Eindruck, dass die Bereitschaft zur Rettung der Opel-Werke sinkt. Die rund 1.800 Opel-Mitarbeiter in Eisenach bangen täglich um ihren Arbeitsplatz und mit ihnen mindestens 6.000 Beschäftigte in Thüringer Automobilzulieferbetrieben. Täglich erreichen uns Nachrichten, dass Automobilzulieferer den Insolvenzantrag stellen müssen.

Die Zeit drängt aus unserer Sicht. Unzureichende Sanierungskonzepte, vorgesehene Standortschließungen, Personalabbau in Größenordnungen, Lohnverzicht und drohender wirtschaftlicher Einbruch einer ganzen Region Thüringens sind aktuelle Schlagzeilen, die für Verunsicherung nicht nur in der Bevölkerung Eisenachs sorgen.

Jetzt ist aus unserer Sicht die Politik gefragt, also wir. Abwarten und sich auf die gegenwärtige Auftragslage in Eisenach zu berufen, ist aus unserer Sicht die falsche Antwort. Wir wissen alle, auch aus Sicht manch einer persönlichen Erfahrung, dass bei vollem Produktionsbetrieb und laufenden Bändern von einem Tag auf den anderen Werke geschlossen werden können. Das wollen wir verhindern und mit unserem Antrag auch dafür sorgen, dass es eine Perspektive gibt. Wir glauben auch, dass die Belegschaft von Opel Eisenach von der Politik schnelles Handeln und auch Hilfe erwartet. Das Personal von Opel Eisenach ist hoch motiviert, in eine neue, auch europäische Gesellschaft alles Wissen und Können, über das sie verfügen, einzubringen. Sorgen wir gemeinsam mit der Umsetzung unseres Antrags dafür, dass die Gefahr der Schließung von Opel Eisenach abgewendet wird. Wir haben auch deshalb unseren Antrag als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil die Menschen der Region von uns, glaube ich, ein deutliches Zeichen erwarten mit Handlungsoptionen, wie der Standort gesichert werden kann und sie nicht darüber nachdenken wollen, wie viele andere Fachkräfte auch, dieses Land zu verlassen. Geben Sie der Region Zukunftschancen, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gibt es Gegenrede? Bitte, Abgeordneter Günther.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat signalisiert, dass auch wir an einer Lösung für den Automobilstandort stark interessiert sind und haben deshalb Ihrem Antrag zur Aufnahme in die Tagesordnung zugestimmt.

Der Dringlichkeit möchte ich insofern widersprechen, da auf Anregung Ihrer Fraktion und unserer Fraktion das Thema längst auf der Dringlichkeitsliste ist. Wir haben damit begonnen; durch eine Sondersitzung im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit sind wir in die Situation gekommen, dass wir regelmäßig informiert werden über den Stand.

Zum anderen, meine lieben Kollegen der Linksfraktion, geht es nicht um eine schnelle Thüringer Lösung, das hat auch der Bundeswirtschaftsminister bei seinen Verhandlungen in Amerika deutlich gemacht, man ist in Verhandlung über eine komplexe Lösung. Das ist ein sehr sensibles und komplexes Thema und die Menschen brauchen jetzt keine schnelle, voreilige, sondern eine tragfähige und dauerhafte Lösung. Deshalb ist ein bisschen Ruhe und wenig Populismus angesagt. Sie nehmen das genauso ernst wie wir, aber wir sollten keine voreiligen Schlüsse ziehen. Die letzten Berichte aus dem Bundesausschuss haben gezeigt, dass das sogenannte Konzept, das von Opel vorgelegt worden ist, nicht dazu beitragen kann, eine schnelle Lösung zu finden. Hier ist etwas Ruhe angesagt. Wir werden das Thema aufnehmen, werden den Antrag behandeln, aber deshalb die Tagesordnung nicht so umzustellen, dass wir tagtäglich und morgen darüber reden, das sehen wir nicht so, deshalb spreche ich gegen Ihren Dringlichkeitsantrag.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie haben Für und Wider für die morgige Behandlung dieses Antrags gehört, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass der Antrag in Drucksache 4/5012 morgen als erster Tagesordnungspunkt behandelt wird, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Damit ist die sofortige Behandlung mit einer Mehrheit abgelehnt worden und der Antrag wird normal in die Tagesordnung eingeordnet.

Ich möchte Herrn Schröter sagen zu seinen Anträgen, dass ich bereits darauf hingewiesen habe, dass